



FDP-Fraktion | 23.05.2005 - 02:00

HAUPT: Islam nicht unter Generalverdacht stellen!

BERLIN. Der integrationspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Klaus HAUPT, besucht am heutigen Montagnachmittag die Berliner Moschee in Berlin-Wilmersdorf. Er spricht mit dem Imam der Moschee, Herrn Ahmad Chaudry Riaz, sowie dem Imam der deutschsprachigen Muslime in Berlin, Muhammad Herzog. Aus diesem Anlass erklärt Klaus HAUPT:

Der sich auf den Islam berufende Terrorismus hat zu einem weitverbreiteten Misstrauen gegen den Islam in der Öffentlichkeit geführt. Doch die Muslime in Deutschland dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Sie können aber noch viel tun für die Überwindung des Misstrauens. Es wäre höchste Zeit, noch deutlicher als bisher von Seiten einzelner Muslime, Verbände und Gelehrten geschehen, daß die 3,6 Millionen friedliebenden Muslime in Deutschland ihre Ablehnung von Terror und Gewalt durch Handlungen untermauern und Zeichen setzen für eine Integration eines demokratiefreundlichen Islam in die deutsche Gesellschaft.

Ein zentrales Problem ist die Abschottung der Muslime mit Migrationshintergrund. Gerade religiöse, islamische Einrichtungen müssen sich auch der gesamten deutschsprachigen Bevölkerung gegenüber öffnen. Sie müssen auf ihre Einrichtungen und Veranstaltungen auf deutsch hinweisen und ihre Finanzierung transparent machen. Ein tragfähiger Dialog mit dem Islam in Deutschland kann nur entstehen, wenn seine Anhänger sich erkennbar um die volle gesellschaftliche Integration in punkto deutscher Sprache und vorbehaltlose Akzeptanz der Werteordnung des Grundgesetzes bemühen. Doch auch der nichtmuslimische Teil der deutschen Gesellschaft muss dem Islam gegenüber zu einem vorurteilsfreien Dialog bereit sein. Es kann nicht sein, daß das Islambild in Deutschland nur durch die verschwindend kleine Minderheit der Sympathisanten des Terrors geprägt wird. Eine Haltung, die jeden Muslim unter Generalverdacht stellt, ist inakzeptabel.

Der Islam ist eine Religion von vielen in der multireligiösen Gesellschaft des heutigen Deutschland. Toleranz erfordert wechselseitige Kenntnis und Aufgeschlossenheit. Dem soll auch mein heutiger Besuch in der ältesten Berliner Moschee dienen. Integration ist für mich ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Muslime haben wie alle anderen religiösen Menschen in Deutschland den berechtigten Anspruch, nicht diskriminiert zu werden.

Susanne Bühler

Telefon: (030) 227-52378

pressestelle@fdp-bundestag.de [1]

Quell-URL: <https://www.liberales.de/content/haupt-islam-nicht-unter-generalverdacht-stellen-0#comment-0>

Links

[1] <mailto:pressestelle@fdp-bundestag.de>
